

**A N F R A G E** von Dr. Dieter Kläy (FDP, Winterthur)

betreffend Auslage von Angebotsunterlagen von Organisationen der Arbeit beim RAV und Informationspolitik an Stellen Suchende

---

Die Anforderungen in der Berufswelt nehmen laufend zu. Besonders in Branchen, die einem starken Wandel unterliegen, ist es notwendig, zur Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit aktuelle und vertiefende Ausbildungsangebote zu fördern, um den Stellen Suchenden einen möglichst raschen Wiedereintritt in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Vom Kostenpunkt ist dies günstiger, als Umschulungen auf andere Branchen anzustreben.

Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) führen Infoecken, in denen Weiterbildungsangebote von Organisationen der Arbeit und anderen Anbietenden von Aus- und Weiterbildungskursen aufgelegt werden. Die Weiterbildungsprogramme orientieren über aktuelle Angebote und sollen Stellen Suchenden die Möglichkeit geben, sich zielgerichtet weiterzubilden. Diese Praxis wird von den meisten Kantonen vorbehaltlos unterstützt, da es auch in ihrem Interesse liegt, dass Stellen Suchende möglichst rasch wieder eine Arbeit finden.

Der Kanton Zürich bzw. einzelne Regionale Arbeitsvermittlungszentren sind jetzt nach eigenen Angaben dazu übergegangen, diese Freizügigkeit einzuschränken und nur noch Angebote zu berücksichtigen, die durch die Abteilung Qualifizierung für Stellen Suchende (QuS) des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) geprüft worden sind.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Weshalb ist es im Kanton Zürich zu dieser Praxisänderung gekommen? Hat der Kanton Zürich schlechte Erfahrungen mit Anbietenden gemacht?
2. Wann und wie sind die Organisationen der Arbeit über diese Praxisänderung informiert worden?
3. Worin genau liegt der Nutzen der Zertifizierung durch das AWA?
4. Wie stellt der Kanton Zürich trotz dieser neuen Zertifizierungshürden sicher, dass die Stellen Suchenden von einem möglichst breiten Angebot an Aus- und Weiterbildungsinformationen profitieren können?
5. Organisationen der Arbeit, die in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften seit Jahren entsprechende Aus- und Weiterbildungsgefässe führen (wie z.B. die Paritätische Berufsbildungsstelle für visuelle Kommunikation [PBS]) haben Branchen bezogene langjährige Erfahrungen sammeln können. Ist es vorstellbar, dass solche Organisationen ein vereinfachtes Verfahren zur Zertifizierung durchlaufen können?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat grundsätzlich die Strategie, Stellen Suchende zuerst im angestammten Betätigungsfeld durch Aktualisierung und Vertiefung Unterstützung zu leisten, bevor Umschulungen gefördert werden?

Dr. Dieter Kläy